

# Stimme des Nordens

## Themenheft zur EU-Politik



Fotos: dpa (links), Flensburg Avis



## Der SSW will über Europa diskutieren

### Der Landesvorstand hat den Ball an die Mitglieder gespielt: Was sagt der SSW zur EU?

„Die EU steckt tief in der Krise und muss herausfinden, wo sie hin will. Nachdem die Franzosen und die Niederländer die EU-Verfassung abgelehnt haben, weiß niemand so recht, wie es weiter gehen soll. Dies ist der richtige Zeitpunkt für den SSW, um erstmals klare Standpunkte zur Europapolitik zu beschließen“, sagt der SSW-Landesvorsitzende Flemming Meyer.

### Diskussionsentwurf

Der SSW-Landesvorstand hat Mitte Juni einen Diskussionsentwurf für ein europapolitisches Papier mit dem Titel „Für ein Europa der Menschen“ vorgelegt. Darin stellt er dar, wie er sich die Zukunft der EU vorstellt. Neben Aussagen über die allgemeine Entwicklung

der Union hat der Vorstand eine Reihe von Forderungen zusammengetragen, die sich vor allem auf die SSW-Kernbereiche Minderheiten- und Regionalpolitik beziehen. (Siehe Seite 6)  
„Die EU ist heute so viel verschiedenes, sie mischt



sich in fast alle Fragen des Alltags ein. Wir haben uns aber bewusst auf Themen beschränkt, die die Minderheiten und den Landesteil Schleswig berühren“, erzählt Flemming Meyer.

Der SSW-Vorsitzende räumt ein, dass der SSW lange Jahre Schwierigkeiten hatte, sich auf gemeinsame Standpunkte zu Europa zu einigen: „Die Haltungen zur EU sind im SSW genauso gemischt, wie in der dänischen Bevölkerung. Aber ob man die Union nun mag oder nicht, sie ist eine Tatsache, zu der wir uns verhalten müssen. Nach dem Scheitern der EU-Verfassung gibt es mehr denn je das Bedürfnis, mit der Bevölkerung zu diskutieren, wo wir überhaupt mit der EU hin sollen. Eben diese Debatte wollen wir mit unserem Papier anstoßen.“

### Dänische Diskussionskultur

Die Politiker müssen wieder lernen zuzuhören und das zu machen, was die Bevölkerung will, sagt Meyer. „Von den Dänen kann man lernen, wie eine solche

öffentliche Diskussion mit den Bürgern zu führen ist. Dort hat man im ersten Halbjahr 2006 eine große Anhörung der Bevölkerung zur Zukunft Europas durchgeführt. Dabei ist eines ganz klar geworden: Die Menschen wollen keine abstrakten Politiker-Träume, sondern konkrete Zusammenarbeit in konkreten Fragen.“ (Siehe Seite 4) „Nur dort, wo wirklich etwas für die Bürger herkommt, macht eine Zusammenarbeit für sie auch Sinn. Dies deckt sich mit dem SSW-Papier, das keine Luftschlösser baut, sondern von der EU konkrete Vorteile für die Menschen in unserer Region fordert“, so Meyer.

Der Vorsitzende fordert alle SSW-Mitglieder auf, sich jetzt aktiv in die Debatte einzumischen, bevor der Parteitag im September die EU-Standpunkte beschließt.

## Was ist der Europäische Verfassungsvertrag?



Foto: dpa

Genau genommen ist die Verfassung auch keine Verfassung, sondern ein Vertrag. Insgesamt besteht der Text aus vier Teilen, denen eine Präambel vorausgeht. Im Anhang sind Protokolle angehängt, die Regelungen zur Sicherung der Subsidiarität einschließlich der Klage- und Einspruchsrechte der nationalen Parlamente betreffen.

und angemessene Arbeitsbedingungen (Art. 91), Recht auf soziale Unterstützung (Art. 94) und das Recht auf Zugang zu allen EU-Dokumenten (Art. 102). Die Charta der Grundrechte, also Teil II der Verfassung umfasst insgesamt 53 Artikel.

Darüber hinaus sollen die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene transparenter und stärker vom Parlament bestimmt werden. Das Gesetzgebungsverfahren soll vereinfacht und die Europäische Kommission verkleinert werden.

### Eine Regierung und ein Präsident für Europa?

Kritiker werfen dem Verfassungstext vor, dass er klammheimlich ein Regierungsmodell installiert mit der Kommission als Europäischer Regierung, in der es zukünftig auch einen Außenminister gibt. Derzeit gibt es de facto drei Ämter mit außenpolitischer Kompetenz: der Außenbeauftragte der Regierungschefs, aktuell Javier Solana, die Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner und natürlich der jeweilige Ratsvorsitzende. Diese Kompetenzen sollen im neuen Amt des EU-Außenministers gebündelt werden. Gestützt wird diese Annahme durch die Neueinrichtung eines Präsidenten. Derzeit wechselt die Präsidentschaft zweimal im Jahr mit der Folge, dass manche Entscheidungen kurzerhand von der Folgepräsidentschaft einkassiert und revidiert werden. Ein auf zweieinhalb Jahre gewählter Präsident soll für mehr Kontinuität sorgen. Er oder sie kann nur einmal wieder-

## “..wenn das Skelett nicht mitwächst”

### Hintergrund und Inhalte der EU-Verfassung

Für Josep Borrell, Präsident des Europa-Parlaments, ist eine Verfassung für die EU unumgänglich: „Es gibt Tierarten, die sind ausgestorben, weil sie einerseits immer größer wurden, aber andererseits das Skelett nicht mitwuchs. Und am Ende sind sie von ihrer eigenen Last erdrückt worden.“ Für ihn und für viele EU-Politiker ist es klar; die Europäische Union braucht eine Verfassung.

### Viele Verträge in einem

Damit kommt ein langwieriger Verhandlungsmarathon zum Abschluss, indem bestehende Verträge in eine gemeinsame Form gegossen werden: Vertrag von Rom (1957) mit der Schaffung eines gemeinsamen Marktes, Vertrag von Maastricht (1992), wo die

gemeinsame Währungspolitik festgelegt wurde, Vertrag von Amsterdam (1997), mit der Vereinbarung der Osterweiterung und den Beschlüssen zu einem

In der Europäischen Gemeinschaft hat sich seit ihrer Gründung praktisch alles verändert. Gestartet

### Rechte für die Bürger - aber ohne Garantie

als Kohle- und Stahlkartell ist die EU inzwischen angetreten, in ganz Europa hohe Lebensqualität durchzusetzen bzw. zu sichern. Der Entwurf der europäischen Verfassung garantiert folgerichtig den Bürgern umfangreiche Rechte, ohne allerdings deren Durchsetzung zu regeln: Recht auf Arbeit (Art. 75), Kündigungsschutz (Art. 90) gerechte



Foto: dpa

gemeinsamen Arbeitsmarkt und der Vertrag von Nizza (2000), wo die Mitglieder die interne Machtverteilung der Binnenstruktur der EU, also Stimmrecht, Mehrheiten und die Befugnisse der Kommission, für die Zukunft bestimmten.

setzen bzw. zu sichern. Der Entwurf der europäischen Verfassung garantiert folgerichtig den Bürgern umfangreiche Rechte, ohne allerdings deren Durchsetzung zu regeln: Recht auf Arbeit (Art. 75), Kündigungsschutz (Art. 90) gerechte

gewählt werden (Art. 22). Dem Präsidenten steht ein Außenminister zur Seite, obwohl eine gemeinsame Außenpolitik ausdrücklich ausgenommen ist. Ein Kabinett ist nicht vorgesehen, die Regierungsgeschäfte wird auch weiterhin die auf fünf Jahre gewählte Kommission wahrnehmen. In der Kommission sollen alle Mitgliedsstaaten möglichst vertreten sein.

## Was ist eine Mehrheit?

Lange umstritten waren die Mehrheitsverhältnisse der Union. Bereits in Nizza bestand weitgehende Einigung, dass die kleinen Mitgliedsländer nicht einfach von den großen über den Tisch gezogen werden sollen. Doch die Verfassung geht noch weiter, indem Artikel 25 festlegt, dass eine



Foto: dpa

überwinden statt drei: In Nizza hatte man sich noch auf drei Hürden geeinigt: mindestens die Hälfte der Staaten, die mindestens 72% der Ratsstimmen haben und 65% der Bevölkerung. Für eine Sperrminorität sind mindestens vier Mitglieder des Rates erforderlich, andernfalls gilt

Bevölkerung. Die zweifache Mehrheit symbolisiert den „Doppelcharakter“ der EU, so der frühere Außenminister Joschka Fischer, eine Union aus Völkern und aus Staaten.

## Christliche Leitkultur?

Einer der Hauptstreitpunkte war der Wunsch einiger Mitgliedsstaaten, explizit auf die jüdisch-christliche Tradition Europas zu verweisen und zwar in der Präambel. Vor allem Polen hatte einen ausdrücklichen Bezug auf Gott gefordert. In der vorliegenden Fassung ist die Formulierung dagegen betont offen, indem vom „kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas“ in der Präambel gesprochen wird.

## Der Zeitplan

2002 und 2003 trat der 150köpfige Europäische Verfassungskonvent unter Führung des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing fünfzigmal zusammen, um einen Verfassungstext zu erarbeiten. 25 Mitgliedsstaaten unterzeichneten am 29. Oktober 2004 den

Vertrag über eine Verfassung für Europa. Geplant war, dass die Verfassung am 1. November 2006 in Kraft tritt, was nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich (29. Mai 2005) und den Niederlanden (1. Juni 2005) aber erst einmal verschoben wurde. Bislang haben erst 15 Mitgliedsstaaten die Verfassung ratifiziert, darunter erst vor kurzem Estland und Finnland. Nach dem EU-Gipfel in Brüssel haben Dänemark, Schweden und Großbritannien ihre geplanten Referenden erst einmal verschoben, weil die Chancen bei derzeitigem Stand durchweg negativ eingeschätzt werden.

## Wie geht es weiter?

Mitte Juni beschlossen Europas Staats- und Regierungschefs, dass unter deutscher Präsidentschaft, die im Januar 2007 beginnt, eine Empfehlung über das weitere Vorgehen erarbeitet werden soll. Wahrscheinlich wird es umfangreiche Änderungen geben bis hin zu einem neuen Namen, der nicht mehr auf den Vertrag als eine Verfassung verweist. Erst unter französischer Präsidentschaft sollen diese Vorschläge dann umgesetzt werden, rechtzeitig vor den nächsten Europawahlen 2009.



Foto: dpa

„qualifizierte Mehrheit“ aus mindestens 55 % der Mitglieder des Rates besteht; gebildet aus mindestens 15 Mitgliedern, sofern die von diesen vertretenen Mitgliedstaaten zusammen mindestens 65 % der Bevölkerung der Union ausmachen. Es sind also nur noch zwei Hürden zu

die qualifizierte Mehrheit als erreicht. Vor allem die sogenannten Mittelmächte zogen den Kürzeren, weil Spanien und Polen nun sehr viel schwerer ein Veto organisieren können. Die anderen behalten ihre Trumpfkarte: die Kleinen ihre Stimme als Land, die Großen ihr Gewicht durch ihre

### Internet-Links

**Verfassungstext:**  
<http://europa.eu.int/constitution>

**Zusammenfassung:**  
<http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Verfassung>

*beide Adressen ohne „www“!*



Bei einer großen Bürgeranhörung stand neben dem dänischen Außenminister Per Stig Møller (Foto) unter anderen auch Ministerpräsident Fogh Rasmussen den Bürgern Rede und Antwort. EU-Kommissionspräsident Barroso wurde per Video-konferenzschaltung befragt.

Foto: Folketingets EU-oplysning

## Ganz Dänemark hat laut nachgedacht

**Elisabeth Arnold, Vorsitzende des Folketing-Europaausschusses, erläutert in einem Gastbeitrag, wie man in Dänemark die EU-„Denkpause“ nutzte.**

Nach dem NEIN zum EU-Verfassungsvertrag bei den französischen und niederländischen Volksabstimmungen im Mai 2005 haben die Staats- und Regierungschefs eine „Periode des Nachdenkens“ ausgerufen. Die Verfassung kann nur in Kraft treten, wenn alle Mitgliedsstaaten sie akzeptieren. Da zwei Länder NEIN gesagt haben, müssen die übrigen Staaten warten, bis eine Lösung gefunden wurde. Deshalb wurde die Denkpause ausgerufen,

die eine breite Debatte in jedem der 25 EU-Länder ermöglichen sollte. Man wollte die Antwort auf die Frage finden: Was denken die Bürgerinnen und Bürger in Europa über die Zukunft der Europäischen Union?

### Die Rahmenbedingungen

In Dänemark haben wir eine lange Tradition der öffentlichen Debatten über europäische Fragen. Nach sechs Volksabstimmungen seit 1972 sind wir gut mit Diskussionsforen ausgestattet - mit Volksbewegungen für und gegen die EU, mit finanzieller Förderung für Diskussionsveranstaltungen und mit Einrichtungen auf allen Ebenen (von der Basis bis zu den landesweiten Medien), die sich mit

europäischen Fragen beschäftigen. Es wurde beschlossen, jene Gelder, die eigentlich für eine Volksabstim-

mung über den Verfassungsvertrag vorgesehen waren, für die Denkpause-Debatte einzusetzen. Dem Europaausschuss des dänischen Parlaments wurde die Aufgabe übertragen, die Debatte im Detail zu planen. Die Ergebnisse sollten dem dänischen Ministerpräsidenten dann vor dem EU-Gipfeltreffen im Juni 2006 übergeben werden.

### Fünf Fragen an die Bürger

Alle 7 Parteien im dänischen Parlament und die großen EU-bezogenen Volksbewegungen einigten sich auf Spielregeln für die Debatte. Wir wollten eine allgemeine Diskussion über die Zukunft Europas und keine spezielle Auseinandersetzung über den Verfassungs-

vertrag oder über das Für und Wider einer Mitgliedschaft Dänemarks in der EU. Deshalb wurden fünf allgemeine Fragen gestellt:

- Welchen Problemen sollte Europa besonderes Gewicht beimessen?
- Welche Probleme der EU-Zusammenarbeit selbst sind am vordringlichsten?
- Wie sollte die Debatte über die Zukunft Europas und einen möglichen neuen Vertrag organisiert werden, um die notwendige Breite und Tiefe zu gewährleisten?
- Wie kann die Bürgerbeteiligung in der EU gestärkt werden?
- Wo verlaufen die Grenzen Europas?

Jede Organisation oder Bürgergruppe, die Diskussionsveranstaltungen zu diesen Fragen organisierte, konnte dafür finanzielle Unterstützung bekommen, wenn sie anschließend dem EU-Informationsbüro des Folketings vom Verlauf berichtete.

### Die aktive Phase

Im Laufe der ersten vier Monate dieses Jahres hat im gesamten Land eine Reihe verschiedenster Aktivitäten stattgefunden. Es wurden Diskussionen geführt über die europäische Geschichte, Religion, Landwirtschaft, Bevölkerungsentwicklung, Klimawandel, institutionelle Strukturen und eine

Vielzahl weiterer Themen. Wir haben eine repräsentative Meinungsumfrage unter mehr als 2500 Bürgern durchführen lassen, von denen 400 Ende April an einer dreitägigen Anhörung teilnahmen. TV-2 leitete diese Diskussionsrunden und berichtete daraus; etliche Parteivorsitzende und Politiker trugen aktiv zur Debatte bei.

## Was ist die Botschaft?

Die Ergebnisse der dänischen Denkpause wurden im Parlament diskutiert und im Vorfeld des europäischen Sommergipfels Mitte Juni dem Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen übergeben. Die Antworten auf die 5 Fragen können so zusammengefasst werden:

- Terrorismus und Umweltverschmutzung sind die wichtigsten Probleme, mit denen sich die EU befassen soll. Die Zusammenarbeit sollte sich auf die Bereiche Forschung und Entwick-

lung, Handelserleichterungen und Konfliktprävention konzentrieren.

- Die größten Probleme der EU selbst sind Bürokratie, Subventionsbetrug, komplizierte Entscheidungsstrukturen und eine viel zu großzügige und verzerrende Landwirtschaftspolitik.
- Die Religion und die Kultur können in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich sein, aber die Wahrung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit sind unerlässliche Bedingungen. Neue Mitglieder sollten aufgenommen werden, wenn sie diese Bedingungen erfüllen - insbesondere wenn die Mitgliedschaft dem Bewerberland Vorteile bringt.

## Überraschungen?

In Anbetracht der dauerhaften EU-Debatte in Dänemark sind die ersten Antworten keine Überraschung: Die Bekämpfung der grenzüberschreitenden



Foto: Det Radikale Venstre

Umweltverschmutzung und des Terrorismus sind nahe liegende Ziele für internationale Zusammenarbeit. Auch die genannten Probleme der Zusammenarbeit sind nicht neu: Subventionsbetrug und Bürokratie werden häufig mit der EU verbunden.

Überraschend war der hohe Stellenwert der Forschungszusammenarbeit und der Konfliktprävention, denn die EU wird oftmals als vorwiegend wirtschaftliche Konstruktion gesehen. Auch die Hervorhebung der ge-

*Elisabeth Arnold stand als Europaausschuss-Vorsitzende an der Spitze der landesweiten Debatte "Borgerne Dagsorden" (Die Tagesordnung der Bürger).*

meinsamen Landwirtschaftspolitik als Problem überrascht, denn die dänische Landwirtschaft profitiert sehr davon. Trotzdem wollen die Bürger, dass die Subventionen gekürzt werden. Die größte Überraschung war die Haltung zu potenziellen neuen Mitgliedsstaaten. Wir haben jetzt schwarz auf weiß, dass die EU in den Augen der Dänen eine Institution ist, die die Demokratie und die Einhaltung grundlegender Rechte stabilisiert. Die Mitgliedschaft wird als Unterstützung für junge Demokratien und für Staaten in einer unsicheren Lage gesehen. Die EU gilt mindestens ebenso stark als Sicherheitsfaktor wie als ökonomischer Faktor. Diese Botschaft war für viele der führenden EU-Experten und -Politiker eine Überraschung.

*Elisabeth Arnold*

## In Deutschland hat man eine Pause vom Denken gemacht



In der Bundesrepublik hat die "Denkpause" im öffentlichen Bewusstsein keine Rolle gespielt. Es wurden kaum Versuche unternommen, mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Vorstellungen von der Zukunft der EU zu sprechen.

Wie schon seit Jahrzehn-

ten haben auch die Politiker über die Europapolitik nicht öffentlich diskutiert. Die EU ist für die meisten Bürger immer noch eine Angelegenheit für ältere Herren in dunklen Anzügen.

Mitte Juni haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder die Denkpause um ein Jahr verlängert, weil man nicht weiter gekommen ist. Bisher haben nur Dänemark und Irland eine öf-

fentliche Debatte geführt. Jetzt hat Deutschland eine zweite Chance, diese Fragen nicht nur in politischen Hinterzimmern zu regeln.

Der SSW wird sich jedenfalls jetzt im Landtag dafür einsetzen, dass hierzulande ein ähnlicher Dialog mit den Bürgern geführt wird, wie in Dänemark - denn Europa gehört ihnen, und nicht nur den Spitzenpolitikern.

*Anke Spoorendonk*

**Viel mehr über die Debatte im Internet: [www.borgernesdagsorden.dk](http://www.borgernesdagsorden.dk)**



## 1. Für kulturelle Vielfalt und Zusammenarbeit in Europa

### Der SSW und Europa

Als Partei der dänischen Minderheit und der mit uns zusammenarbeitenden Friesen in Schleswig-Holstein fühlt sich der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) einer aktiven nationalen und internationalen Minderheiten- und Regionalpolitik verpflichtet. Vor dem Hintergrund unserer politischen, kulturellen und geschichtlichen Erfahrungen wollen wir einen besonderen Beitrag dazu leisten, dass die Verständigung zwischen den europäischen Staaten und den Völkern weiter wächst und gedeiht – zum Wohle

aller Menschen in Europa.

### Die Menschen müssen den Nutzen der europäischen Zusammenarbeit sehen

Viele unserer Probleme in Europa sind grenzüberschreitend, andere wiederum können besser auf nationaler Ebene gelöst werden. Wir können voneinander lernen, daher ist eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten von hoher Bedeutung. Der SSW sieht die kulturelle Vielfalt in Europa als eine Bereicherung und bekennt sich zu einer vertrauensvollen europäischen Zusammenarbeit, sowohl innerhalb der EU wie auch mit den Staaten außerhalb der Europäischen Union. Allerdings müssen sich die

Der SSW-Landesvorstand hat am 15. Juni einen Entwurf für europapolitische Eckpunkte vorgelegt. Damit hat er den Startschuss für eine EU-Debatte im SSW gegeben, die in den Beschluss europapolitischer Standpunkte auf dem Parteitag im September münden soll.

Wir dokumentieren das Papier des Landesvorstands hier im Wortlaut.

europäischen Staaten und Institutionen viel stärker darum bemühen, den Menschen den konkreten Nutzen der europäischen Zusammenarbeit zu vermitteln.

### Die Krise der EU muss zur Neubestimmung genutzt werden

Die gescheiterten Volksabstimmungen über die europäische Verfassung und die Vertrauenskrise der EU müssen zu einer Neubestimmung der europäischen Zusammenarbeit genutzt werden. Der SSW plädiert für eine pragmatische Zusammenarbeit zwischen den Nationen in Europa. Der SSW will, dass das Projekt Europa neu definiert und mit einer bürgernahen Vision der europäischen Zusammenarbeit verbunden wird. Wir wollen dazu beitragen, dass ein Europa der Menschen und Nationen geschaffen wird.

## 2. Für Minderheitenrechte in Europa

### Die Minderheiten bereichern Europa

Jeder 10. Bürger und jede 10. Bürgerin in Europa gehört einer nationalen Minderheit oder ethnischen Volksgruppe an. Die kulturelle Vielfalt der Minderheiten und Volksgrup-

pen bereichert Europa. Sie trägt zur Identitätsbildung, zur Völkerverständigung und zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei. Die EU braucht daher eine europäische Minderheitenpolitik, die die Anerkennung, den Schutz und die Förderung aller Minderheiten und Volksgruppen sichert. Das „Rahmenabkommen zum Schutz nationaler Minderheiten“ und die „Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen“ - beide vom Europarat beschlossen - bilden den Rahmen für eine fortschrittliche europäische Minderheitenpolitik. Ziel muss es sein, in diesen Rahmen die Rechte der Minderheiten einzeln gesetzlich abzusichern und die Zuschüsse für die Minderheiten und deren Organisationen auf nationaler und europäischer Ebene langfristig abzusichern.

### Die Kopenhagener Kriterien müssen von allen Ländern erfüllt werden

Die nationalen Minderheiten erwarten, dass die EU einen aktiven Beitrag zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen leistet. Der Schutz und die Förderung von Minderheiten und Volksgruppen, von deren Sprachen und Kulturen, müssen einen wesentlich höheren Stellenwert in der Arbeit der EU erhalten.

Sollte es zu einem EU-Verfassungsvertrag kommen, muss dort auch der Schutz und die Förderung der heimischen Minderheiten und Volksgruppen verankert werden. Außerdem muss der für die Mehrsprachigkeit zuständige EU-Kommissar sich stärker für den Schutz und die Förderung der europäischen Minderheitensprachen einsetzen. Die so genannten „Kopenhagener Kriterien“ zu den Rechten und Pflichten der europäischen Minderheiten sollen von allen EU-Mitgliedern erfüllt und verfassungsmäßig abgesichert werden - nicht nur von den neuen, sondern gerade auch von den alten Mitgliedsstaaten. Bei der Aufnahme weiterer Länder in die Europäische Union muss vorab der Nachweis erbracht werden, dass die Anerkennung, der Schutz und die Förderung nationaler Minderheiten gewährleistet ist.

### 3. Für bürgernahe Politik in Europa

#### Europäische Entscheidungen so bürgernah wie möglich

Nur vor Ort können die Menschen von den Vorzügen der europäischen Zusammenarbeit überzeugt werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die Zuständigkeiten zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedsländern klar aufgeteilt und die jeweiligen Kompetenzen strikt abgegrenzt werden. Es muss in Zukunft viel klarer definiert werden, wofür die EU zuständig ist und wofür die nationalen und kommu-

nationalen Ebenen die Verantwortung tragen - damit die Bürgerinnen und Bürger die politischen Entscheidungen wieder durchschauen können.

Außerdem müssen den Bestrebungen der EU klare Grenzen gesetzt werden, immer mehr politische Fragen zentral in Brüssel zu regeln. Wir wollen, dass die EU künftig nur noch den allgemeinen Rahmen und die übergeordneten Zielsetzungen vorgibt. Die konkreten Entscheidungen müssen vor Ort - so nah an den Bürgerinnen und Bürgern wie möglich - gefällt werden. Das Ringen um politische Lösungen muss aus den verschlossenen Räumen in Brüssel wieder in die Öffentlichkeit des Bundestags und der Landtage zurückkehren. Nur so haben die Menschen die Chance, politische Konflikte und Kompromisse nachzuvollziehen. Das, was vor Ort geregelt werden kann, muss auch dort selbstbestimmt entschieden werden können (sog. „Subsidiaritätsprinzip“). Voraussetzung hierfür ist, dass die Politik vor Ort wieder vernünftig finanziell ausgestattet wird.

#### Regionalpolitik für strukturschwache Regionen fortsetzen

Die europäische Regionalpolitik darf sich nicht auf die neuen Mitgliedsländer beschränken, sondern muss auch zukünftig dazu beitragen, strukturschwache Regionen in den alten EU-Ländern zu fördern. Die bisherigen Fördergebiete in Schleswig-Holstein brauchen weiterhin diese Programme. Die Förderung der grenzüberschreitenden

Zusammenarbeit durch die INTERREG-Programme ist sehr erfolgreich gewesen. Deshalb muss die INTERREG-Förderung für die deutsch-dänische Grenzregion fortgesetzt werden. Der SSW setzt sich dafür ein, dass die Barrieren im Grenzland weiter abgebaut werden. Dabei liegen die Hemmnisse für eine Ausweitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nicht nur in konkreten rechtlichen Regelungen, sondern befinden sich vielfach noch in den Köpfen der Menschen. Die Förderung der Minderheitensprachen und die Förderung der Einrichtungen der Minderheiten und Volksgruppen können dazu beitragen, diese Barrieren abzubauen, weil sie zur regionalen Identitätsbildung beitragen und die interkulturelle, grenzüberschreitende Kompetenz in der Region stärken.

### 4. Für ein soziales Europa

#### Europa darf nicht nur ein Markt sein

Die Grundlage der europäischen Zusammenarbeit darf nicht ausschließlich die Freizügigkeit des Personenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und des Kapitalverkehrs sein. Ein so gestaltetes Europa hat geringe Chancen, die Herzen und die Köpfe der Menschen zu erreichen. Wir wollen ein soziales Europa, in dem nicht nur der Markt regiert und in dem der Sozialstaatsgedanke eine tragende Säule der europäischen Zusammenarbeit bleibt.

#### Gegen Sozialdumping in Europa

Der SSW spricht sich gegen eine europäische Sozialpolitik aus, die auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner beruht. Wir lehnen Sozialdumping und das Wettrennen um die niedrigsten Sozialstandards ab. Dies führt zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen und zur Abschwächung nationaler Standards im Arbeitsrecht, im Umweltbereich oder bei der Daseinsvorsorge. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt in Europa fördern - dies erreichen wir nur, wenn wir den Sozialstaat zukunftsfähig machen statt ihn abzubauen.

#### Arbeitslosigkeit durch Bildung gemeinsam bekämpfen

Die Arbeitslosigkeit ist nicht nur in Deutschland viel zu hoch, viele Länder Europas haben dieses Problem. Hier liegt eine große Herausforderung für die europäische Zusammenarbeit, denn die Erwerbslosigkeit kann nicht nur national bekämpft werden. Wir brauchen gemeinsame europäische Initiativen, um das Wirtschaftswachstum zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die europäischen Sozialfonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müssen für alle EU-Länder fortgeführt werden - die neuen Mitglieder wie die alten. Die EU muss sich noch mehr als bisher auf Investitionen in Infrastruktur und Bildung konzentrieren. Nur mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung, die sich lebenslang weiter qualifiziert, kann Europa im weltweiten Wettbewerb bestehen.

## 5. Für mehr demokratische Teilhabe in Europa

### Volksabstimmungen zu entscheidenden europäischen Fragen

Die wichtigen Fragen der Europapolitik werden in Deutschland seit jeher fern der Bevölkerung entschieden. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht dazu Stellung beziehen, wie die europäische Zusammenarbeit aussehen soll. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn viele Menschen kein Interesse und wenig Vertrauen in die EU haben. Das Volk muss aber mitreden können, wenn das Land Souveränität abgibt, um mit anderen Ländern enger zusammenzuarbeiten. Daher fordert der SSW, dass bei wichtigen EU-Vertragsänderungen und Grundgesetzänderungen auch in der Bundesrepublik Volksabstimmungen durchgeführt werden.

### Die Demokratie innerhalb der EU stärken

Der Einfluss der Bevölkerung auf die Arbeit der EU muss gestärkt werden. Dazu muss die EU durchschaubarer werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich schnell und verlässlich über die Arbeit der europäischen Institutionen informieren können. Dazu gehört zum einen, dass im EU-Gesetzgebungsverfahren die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt wird. Zum anderen müssen alle Einwohnerinnen und Einwohner in der EU an ihrem ständigen Wohnort sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht bei allen demokra-

tischen Wahlen bekommen - bei Europawahlen ebenso wie bei nationalen Wahlen. Nur mit einer starken und gelebten inneren Demokratie kann Europa auch glaubhaft weltweit demokratische Verhaltensweisen von anderen Ländern einfordern.

## 6. Europa ist mehr als die Europäische Union

### Die Ostseeregion als Wachstumsregion ausbauen

Der SSW hat die EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 begrüßt. Für Schleswig-Holstein ergeben sich damit neue Chancen in der regionalen Zusammenarbeit um die Ostsee. Neben der Zusammenarbeit der Parlamente in der „Ostseeparlamentarierkonferenz“ und der Regierungen im „Ostseerat“ hat sich dabei auch die Kooperation von Staaten und Regionen im „Forum Südliche Ostsee“ bewährt. Der SSW fordert, dass an dem gleichberechtigten Zusammenwirken von regionalen und nationalen Parlamenten in der Ostseekooperation festgehalten wird.

Die Ostseeregion muss zur Wachstumsregion ausgebaut werden – insbesondere in den Bereichen Kultur, Minderheiten und Bildung. Dafür muss die Bedeutung der Ostseekooperation in Berlin und in Brüssel gestärkt werden. In den letzten Jahren spielt die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsländer rund um die Ostsee - die so genannte „nördliche Dimension“ der EU - eine immer größere

Rolle. Damit bieten diese Länder ein Gegengewicht zur starken Rolle der Mittelmeerländer in der EU.

Diese erfreuliche Entwicklung darf aber nicht dazu führen, dass die regionale Zusammenarbeit mit den Nicht-EU-Mitgliedern Norwegen, Island und Russland aus dem Blick gerät. Europa ist mehr als die EU. Daher misst der SSW auch der Zusammenarbeit mit dem „Nordisk Råd“, dem Zusammenschluss aller skandinavischen Länder, eine wichtige Bedeutung bei.

### Die Nordseekooperation muss erneuert werden

Neben der bewährten Ostseezusammenarbeit muss auch die Nordseekooperation zwischen Deutschland, Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien verbessert und erneuert werden. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein muss die so genannten „Trilateralen Wattenmeerkonferenzen“ (D/DK/NL) als einen Einstieg in die Nordseekooperation begreifen und diese mit mehr Schub versehen. Bisher werden in diesem Rahmen vor allem Belange der Schiffssicherheit und des Naturschutzes beraten. In Zukunft sollten auch die Weiterentwicklung der Wirtschaft und des Verkehrs in der gemeinsamen Wattenmeerregion eine größere Rolle spielen. Außerdem muss die kulturelle Zusammenarbeit bei der trilateralen Kooperation zwischen den Niederlanden, Dänemark und Schleswig-Holstein weiter in den Mittelpunkt gerückt werden. Hierbei kommt den interfriesischen Bestrebun-

gen der Nord-, Ost- und Westfriesen in Deutschland und den Niederlanden eine besondere Bedeutung zu.

### Der Europarat hat eine zentrale Funktion für ganz Europa

Alle europäischen Staaten - auch Nicht-EU-Mitglieder - sind Mitglieder des Europarates in Straßburg. Insbesondere in Fragen der Menschen- und Minderheitenrechte hat der Europarat in der Vergangenheit entscheidende Beiträge zur Demokratisierung Europas geleistet. Der Europarat hat eine lange Tradition und große Erfahrung im Schlichten von Konflikten und im Entschärfen von Gewalt in und zwischen Staaten – und das, obwohl der Europarat keine Machtbefugnisse und einen engen finanziellen Rahmen hat. Der SSW fordert vor diesem Hintergrund eine bessere Verzahnung des Europarates und der Europäischen Union. Auch müssen die Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes (EU) in Luxemburg im Verhältnis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (Europarat) in Straßburg klarer definiert werden. Für eine zukunftsfähige europäische Minderheitenpolitik im 21. Jahrhundert muss die Rolle des Europarates gestärkt werden.

Sie können diesen Text auch im Internet von unserer Homepage [www.ssw.de](http://www.ssw.de) herunterladen oder beim SSW-Landessekretariat (Tel. 0461 144-08-310) als Broschüre bestellen.